

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An den
Oberbürgermeister
Herrn Thomas Eiskirch

Rathaus, Zi. 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295
Fax: 0234 – 910 1297
eMail: linksfraktion@bochum.de
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 07.10.2021

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum
zur Sitzung des Rates am 7. Oktober 2021

Nato-Standort Bochum

Die bekannt gewordenen Bemühungen, Bochum durch die Ansiedlung einer zentralen Nato-Einrichtung zum Militärstandort zu machen, haben einige Besorgnis ausgelöst. Es geht um den möglichen Umzug der Nato-Kommunikationszentrale NCIA („Nato Communications and Information Agency“) auf das ehemalige Opel-Gelände in Bochum-Laer, zum Beispiel im Bereich der ehemaligen Neuwagen-Stellfläche zwischen der Wittener und der Alten Wittener Straße. Mit dem geplanten 600 bis 2.000 Personen starken Militärstandort droht Bochum zu einer zentralen Basis für die vernetzte Kriegsführung zu werden.

Dazu fragt DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum an:

1. Welche Belastungen durch zusätzlichen Verkehr sind im Stadtteil Bochum-Laer im Friedensfall durch die Ansiedlung zu erwarten?
2. Da kritische militärische Infrastruktur auch außerhalb von Kriegen extrem gut geschützt werden muss: Welche zusätzlichen Belastungen durch Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen sind für die Bevölkerung zu erwarten (zum Beispiel Verkehrs- und Personenkontrollen, technische Überwachungs- und Blockadesysteme, sonstige Auflagen und Einschränkungen usw.)?
3. Welche Kosten sind für die Stadt Bochum mit der Ansiedlung der NATO-Zentrale für Cyberkriegführung verbunden (Erschließungskosten, Sicherheitsaufwendungen etc.)?
4. In welcher Höhe gehen der Stadt Bochum jährlich Gewerbesteuern durch die Ansiedlung einer militärischen Einrichtung anstelle kommerzieller Unternehmen verloren?

5. Militärische Kommunikations- und Informationssysteme sind im Kriegsfall bevorzugte erste Ziele für Raketenangriffe und Bombardements. Welche zusätzlichen Bedrohungen für die Bochumer Bevölkerung würden nach Einschätzung der Verwaltung durch die Ansiedlung solcher Systeme auf dem Bochumer Stadtgebiet einhergehen? Welche Maßnahmen plant die Stadt Bochum diesbezüglich?

6. Bei der Ansiedlung eines großen Militärstandorts auf Bochumer Stadtgebiet handelt es sich nicht um eine gewöhnliche Vermarktung von Gewerbeflächen durch die Wirtschaftsförderung, sondern um einen Vorgang von gesamtstädtischer Bedeutung. Wann und in welcher Form ist geplant, die demokratisch gewählten Gremien in die Debatte darüber einzubeziehen, ob ein solches Vorhaben überhaupt sinnvoll und verantwortbar ist?

Gültaze Aksevi / Horst Hohmeier